

Vreschner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Rudolf Vreschner, Berlin, Friedrichstraße 104/105
Druck: Vreschner-Druckerei, Berlin, Friedrichstraße 104/105

Abonnement: Vierteljährlich 1,20 M., halbjährlich 2,40 M., jährlich 4,80 M. (einschließlich Porto für den Postweg). Einzelhefte 15 Pf., außerorts 20 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Werbemerkmalen: bis 10 Zeilen 20 Pf., bis 15 Zeilen 30 Pf., bis 20 Zeilen 40 Pf., bis 25 Zeilen 50 Pf., bis 30 Zeilen 60 Pf., bis 35 Zeilen 70 Pf., bis 40 Zeilen 80 Pf., bis 45 Zeilen 90 Pf., bis 50 Zeilen 1,00 M., bis 55 Zeilen 1,10 M., bis 60 Zeilen 1,20 M., bis 65 Zeilen 1,30 M., bis 70 Zeilen 1,40 M., bis 75 Zeilen 1,50 M., bis 80 Zeilen 1,60 M., bis 85 Zeilen 1,70 M., bis 90 Zeilen 1,80 M., bis 95 Zeilen 1,90 M., bis 100 Zeilen 2,00 M. Offertengelände: 20 Pf. Kautionsgelde gegen Verzug werden nicht erstattet.

Druck u. Verlag: Rudolf Vreschner, Berlin, Friedrichstraße 104/105
Druck: Vreschner-Druckerei, Berlin, Friedrichstraße 104/105

Warum Sachsen benachteiligt wird

Der Streit um die Verteilung der Reichsaufträge ... das Wasser war viel zu tief

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 9. August. Durch Veröffentlichungen im „Bayr. Kurier“, in denen lebhaft Klage über die mangelnde Berücksichtigung der sächsischen und auch der sächsischen Wirtschaft bei der Vergebung von Reichsaufträgen geführt wurde, ist das Interesse der sächsischen Wirtschaft auf diesen gesamten Fragenkomplex gerichtet worden. In der Tat handelt es sich hierbei um eine Frage, die seit Jahr und Tag von den zuständigen sächsischen Stellen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wird. Im Vorkriegsjahren lagen die Verhältnisse anders. Wir hatten eine sächsische Armee und eine sächsische Staatsbahn, und es verband sich von selbst, daß alle diesbezüglichen Aufträge an sächsische Firmen vergeben wurden, soweit es sich nur irgendwie machen ließ, d. h. soweit die einschlägige Industrie in Sachsen leistungsfähig war und auch in Bayern, wo man darüber hinaus noch die Posthoheit hatte. Die Vergebung der entsprechenden Aufträge geschah also in Form einer automatischen Zentralisierung.

Die ersten Schwierigkeiten tauchten dann im Kriege auf, als eine Zentralvergebung der Aufträge eingeleitet wurde. Schon damals konnten sich diejenigen Firmen, die in und um Berlin lagen, vielfach einen viel größeren Anteil an den Reichsaufträgen sichern. Sie waren an der Quelle und verstanden das wohl zu nutzen. Um das berechnete Interesse der Länder zu wahren, wurde seinerzeit eine Ausgleichskasse der Bundesstaaten ins Leben gerufen, die die Aufträge hatte, für einen gerechten Ausgleich in der Auftragsvergebung zu sorgen. Diese Stelle wurde nach dem Kriege in eine Ausgleichskasse der Länder umgewandelt. In Berlin befand sich die Spitzenvertretung, während alle Länder noch eigene Landesauftragsstellen organisierten. Dadurch gelang es, eine gewisse Kontrolle und Mitwirkung bei der Vergebung der Reichsaufträge zu sichern. Es gelang auch, insbesondere beim neuen Reichswehrgesetz, einen Paragraphen einzuschleusen, in dem der Grundsatz einer nach Möglichkeit paritätischen Auftragsvergebung verankert wurde. Beim Uebergang der sächsischen Staatsbahn auf das Reich war die Sache schon etwas schwieriger. Immerhin gelang es, im § 28 des Uebergangsvertrages eine Klausel einzulegen, durch die eine gewisse Mitwirkung bei der Auftragsvergebung gesichert werden sollte. Schon damals wurde von der sächsischen Gesandtschaft in Berlin die sächsische Regierung darauf hingewiesen, dieser § 28 sei nicht präzis genug, um die sächsischen Interessen genügend zu schützen.

Wir hatten jedoch seinerzeit in Sachsen Regierungsverhältnisse, in denen die Linke das gewichtigste Wort sprach. Man hörte auf die Warnungen nicht, weil man einem blinden Unitarismus fröhlich und die wohlberechtigten sächsischen Interessen in der Auftragsvergebung als kurzfristigen Partikularismus abzutun zu können glaubte.

Wie wichtig es für die sächsische Wirtschaft war, für eine gerechte Verteilung der Reichsaufträge Sorge zu sein, beweist z. B. das anfänglich die Reichsbahn für ihre gesamten Aufträge nach Preußen (nach Kottbus) vergab. Erst später konnte eine gerechte Schlüsselung durchgesetzt werden, so daß Sachsen jetzt mit 17 Prozent am Zuschuss der Reichsbahn beteiligt ist. Auch bei der Reichsbahn ist eine gewisse Mitwirkung bei der Auftragsvergebung möglich, doch halten sich diese Aufträge in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen, da der Großbedarf der Eisenbahn an Kohlen, Schienen usw. aus naheliegenden Gründen bei der westdeutschen Schwerindustrie gedeckt wird, und die Reichsbahn nur verhältnismäßig geringen Bedarf an Lokomotiven und Waggonen hat. Die Reichspost verhält sich bis vor kurzem gegenüber einer Mitwirkung der Länder bei der Auftragsvergebung ziemlich ablehnend. Erst vor einigen Tagen konnte ein Abkommen geschlossen werden, durch das auch Sachsen eine gewisse Berücksichtigung findet. Es ist vor kurzem erstmals gelungen,

z. B. bei der Vergebung von Telephonapparaten die einschlägige sächsische Firma ins Geschäft zu bringen. Auch die Jüden- und Radelindustrie Sachsens konnte infolge der Vermittlungen der Landesauftragsstelle verschiedene größere Aufträge bekommen.

Die Landesauftragsstelle hat sich jetzt das Recht erkämpft können, der Reichspost bei der Vergebung von Aufträgen wenigstens Vorschläge hinsichtlich der Angebotsfirmen zu machen.

Während der Verband Sächsischer Industrieller schon von Anfang an die Notwendigkeit erkannt hat, die Bestrebungen der Landesauftragsstelle zu unterstützen, verhalten sich der Reichsverband der Deutschen Industrie, vielfach auch die einschlägigen Reichsstellen ablehnend. Auch hier werden wieder die Vermittlungen der Landesauftragsstelle des öfteren mit dem Schlagwort „nationalistischer Partikularismus“ abgetan. Noch schwieriger sind diese Bestrebungen dadurch geworden, daß sich die preussische Landesauftragsstelle vor einiger Zeit aus internen Gründen aufgelöst hat. Inzwischen sind aber einige preussische Provinzen dazu übergegangen, von sich aus provinziale Auftragsstellen neu zu organisieren.

Eine völlige Berechtigung der Auftragsvergebung, wie sie beispielsweise in süddeutschen Kreisen gewünscht wird, und wie sie ohne Zweifel an sich erstrebenswert ist, läßt sich jedoch praktisch nicht erreichen. Die Reichsaufträge können selbstverständlich nur an Gebietsstellen vergeben werden, wo leistungsfähige Industrien der einschlägigen Branchen ansässig sind. Wollte man gewissen überreichen bayerischen Forderungen Rechnung tragen, d. h. die Gesamtsumme der Reichsaufträge prozentual nach der Einwohnerzahl der verschiedenen Länder umlegen, dann müßte dies zu unwirtschaftlichen und grotesken Zuständen führen. Es wäre beispielsweise doch gar nicht möglich, etwa Schienenaufträge der Reichsbahn prozentual nach Westfalen zu vergeben, wenn dort überhaupt keine Schienenfabriken vorhanden sind. Man könnte nun sagen, daß sich dann auf anderen Gebieten Ausgleich finden ließe. Dies wird in der Tat auch angestrebt, doch stößt man dabei auf die Schwierigkeit, daß der größte Prozentsatz der Reichsaufträge an bestimmte Industrien, meistens an die Schwerindustrie, an die Kohlenindustrie usw. gebunden ist, so daß zum Ausgleich nur verhältnismäßig kleine Aufträge herangezogen werden können.

In jedem Falle ist es zu begrüßen, daß die sächsische Landesauftragsstelle zusammen mit der sächsischen Gesandtschaft dauernd bemüht ist, das Möglichste für die sächsische Wirtschaft bei Vergebung von Reichsaufträgen herauszuholen.

Dieser Fragenkomplex verdient gerade im Augenblick ein um so größeres Interesse, als bekanntlich die Vergebung sehr großer Reichsaufträge im Zusammenhang mit dem Notprogramm unmittelbar bevorsteht. Leider liegen vielfach dabei die im Submissionsverfahren eingeholten Angebote in ihren Preisen nicht unbedeutlich über den Konkurrenzpreisen anderer deutscher Länder. Hier rächt sich die vielfach übersteigerte Lohnpolitik, wie sie in der sächsischen Industrie durch sozialdemokratischen Druck hervorgerufen worden ist. Man wird sich deshalb in der sächsischen Industrie jetzt besonders zu überlegen haben, welche Schritte ergriffen werden können, um auch im Rahmen der Vergebung der Reichsaufträge konkurrenzfähig zu sein. Da es sich hierbei um Aufträge von vielen hundert Millionen handelt, dürfte es sich schon lohnen, wenn die Wirtschaftverbände zusammen mit den Arbeiternverbänden bemüht wären, dem Gedanken einer vernünftigen Regelung der Lohnfragen erneut näherzutreten.

programms zu besprechen. Auch das Rote Kreuz wurde aufgefordert, sich für die Linderung von Notständen bereitzuhalten. Die bereits sieben Wochen andauernde Trockenheit, die vermutlich auch noch während der nächsten vierzehn Tage anhalten wird, hat, wie Präsident Hoover vor Pressevertretern ausführte, eine sehr ernste Lage geschaffen.

Ungefähr eine Million armer Familien mit 2 1/2 Millionen Pferden und Maultieren, 6 Millionen Stück Rindvieh, 12 Millionen Schweinen und Schafen sind in Mitleidenschaft gezogen.

Außer dem Viehfutter hat besonders die Frühjahrsausfaat gelitten. Dagegen ist die Ernährung der Nation nicht gefährdet, da Wintergetreide reichlich geerntet wurde. Die durch die anhaltende Trockenheit hervorgerufene Notlage der Farmer beherrscht jetzt das gesamte politische und wirtschaftliche Leben. Die Hauptleidtragenden sind die Viehfarmer, da die Wiesen vollkommen ausgedrörrt sind.

Die Dürre in Norwegen

Oslo, 9. Aug. In der Gegend um Drontheim macht sich die Trockenheit in katastrophaler Weise geltend. Die Weidenerzeugung ist auf ein Mindestmaß gesunken. Die Weiden sind völlig ausgebrannt. Die Kühe können daher nicht mehr zu der Weide geschickt werden, sondern müssen in den Ställen gehalten werden. Die Lage ist so ernst, daß die Milchvorräte für Drontheim aus 400 Kilometer Entfernung bezogen werden müssen.

Als innerpolitisches Ergebnis der vergangenen drei Wochen seit der Reichstagsauflösung steht heute eines fest: die mit so großen Hoffnungen und mit allzuviel Geruch unternommene Sammlungsbewegung des deutschen Bürgertums ist in ihren eigentlichen Zielen gescheitert. Die Parteiführer schreiben Epilog und Reflektologe. Das Sammelmanöver ist abgeblasen. Und abgesehen von der Rechten, wo die Auseinandersetzung früher in Fluss gekommen war, sind es im wesentlichen die alten Parteien, die mit den alten Parolen in den Wahlkampf ziehen, wenn auch einige mit unzulänglichen Mitteln den Versuch gemacht haben, die ramponierte Fassade mit neuen Farben aufzufrischen. Es hat sich eben erwiesen, daß es schwieriger ist, Parteien zu fusionieren als Aktiengesellschaften ineinander einzubringen. Mögen sie auch noch so alterstümlich und erneuerungsbedürftig sein, es hängen doch zu viele Imponderablen daran, Hemmnisse traditioneller, weltanschaulicher und auch persönlicher Art. Durch Interessengemeinschaften verflügt, haben die alten Gebilde ein unglaublich hohes Leben. Um sie in Bewegung zu bringen, um in Schmerzen Neues zu gestalten, hätte es wirklich neuer, die Geister revolutionierender Ideen bedurft. Der liberale Gedanke als Erbgut des 19. Jahrhunderts war zu schwach dazu. Der konservative ist in der Wiegegeburt begriffen und weiß seine selbstgezogenen Grenzen zu wahren. Und schließlich kam der Anstoß zu spät, um vor den Wahlen noch ausreisen zu können. Fünf Minuten vor Torchluss von den Parteien die Umgruppierung, Verschmelzung und Selbstauflösung zu verlangen zugunsten eines Gebildes, das weder in der Idee noch in der Praxis greifbare Formen angenommen hatte, das war zuviel für den Eigenwillen der Führer und das Beharrungsvermögen der Massen. Wir müssen uns schon mit den kümmerlichen Ergebnissen dieser Sammlung bescheiden und die staatsbürgerlichen Kräfte in den verfügbaren Formen zum Kampf gegen links einsehen.

Links steht — soviel ist wenigstens klar entschieden — neben der Sozialdemokratie als ihr bürgerliches Anhängel die Deutsche Staatspartei. Sie ist geliebt, was sie bei ihrer plötzlichen Gründung war, die umgetaufte und durch den volkswirtschaftlichen Flügel verlängerte Demokratische Partei. Alle Versuche der Frontverbreiterung nach der Mitte zu sind gescheitert; der rechte Flügel fehlt. Dafür ist der linke abgesplittert und hat sich in einer neuen „Demokratischen Vereinigung“ zwischen Staatspartei und Sozialdemokraten eingeschoben. Und auch innerhalb der Partei ringen die gewaltsam zusammengeführten Geister um das Gleichgewicht. Viel leichter war es, die Staatspartei zu gründen, als die demokratische Praxis und die jungdeutsche Ideologie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Mahraun hat seine liebe Not, wie er's den Ordensbrüdern sagen soll von wegen Parteilismus, Plutokratie und Judentum. Und den aufrechten Demokraten fällt es schwer, ihren Leuten die jungdeutschen Ideale schmackhaft zu machen. Noch mehr Kopfzerbrechen als die politische Begriffsbestimmung macht die Aufstellung der gemeinsamen Kandidatenlisten. In den meisten Wahlkreisen ist der Streit um die ausföhrlichen Posten im Gange; in Sachsen sollen die Volkswirtschaftlichen die erste und dritte Stelle der Wahlliste beanspruchen, so daß Dr. Käst auf die zweite Stelle rücken würde. Und anderwärts ist der Wettbewerb noch schärfer, weil die gegenseitige Stärke der beiden Gruppen durch frühere Wahlen nicht feststeht. Nur schade ist es um den schönen Namen „Staatspartei“ für diese hoffnungslose Sache. Aber nicht einmal der ist sicher; denn wenn es nicht gelingt, den politischen Einspänner Doll-Dalfer als rechtmäßigen Inhaber des Firmennamens nach plutokratischen Methoden abzufinden, dann wird vielleicht eine neue Umtaufe der Abschlus dieser misglückten Parteigründung sein.

Unter diesen Umständen mußte der Versuch, die Deutsche Volkspartei für die Staatspartei einzufangen, scheitern. Dr. Scholz hat in seiner Rechtfertigung gesagt, warum. Weil weder Koch-Weser noch Höpfer-Archon eine wirkliche Sammlung der Mitte wollten, sondern eine Spaltung der Streifmannspartei. Sie konnten nur auf Erfolgsgläubigkeit ihres linken Flügels rechnen, das Gros sollte schwimmen. Nun wird der volksparteiliche Führer von links her mit Vorwürfen überhäuft, daß er „versagt“ habe; aber er mußte sich versagen, wenn er seine Partei nicht zerfliegen und ihren nationalen Charakter nicht verfälschen lassen wollte. Ganz klar hat er die Einstellung zur Sozialdemokratie als die Kernfrage der Gegenwart und den Präzedenzfall für die Zukunft herausgestellt. Da schieben sich die Geister. Die Staatspartei verlangt unbedingte Hörigkeit den Marxisten und den Bannfluch über die Nationalsozialisten; die Volkspartei konnte sich unter den gegenwärtigen Umständen nicht auf ein Bündnis mit den Roten festlegen und sie wollte die Brücke nach rechts nicht abbrechen. Sie hat mit der Behauptung dieses Grundlages wohl die schwerste Belastungsprobe ihrer Geschichte ausgehalten, aber sie kann in dieser Isolierung zwischen verwandten Kräften auf der Linken und auf der Rechten nicht stehen bleiben. Aus dieser Einsicht hat Dr. Scholz seine „große Sammlungskaktion“ zuerst auf der Linie von Weisung

Das Urteil im Landvolkprozess

Jehon, 9. August. Im Landvolk-Prozess wurde heute nach zweieinhalbwöchiger Verhandlung folgende Urteile verhängt: Die Angeklagten Feddersen, Messer, Wolf, Spand, v. Salomon, Johnson und Kempe werden freigesprochen. Das Verfahren gegen die Angeklagten Kuehl und Hamkens wird eingestellt, soweit sie wegen Aufforderung zum Steuerstreik (Edernstraße) angeklagt waren. Verurteilt wurde die Angeklagte Hamkens, Peterßen, Rahmwinckel, Salzdetfurth zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten und einer Geldstrafe von 250 M., Graverdt, Sade, Vog, Desau, Heinrich Hansen und Fehde zu einer Geldstrafe von je 180 M., Platz, Martens, Lorenzen, Hoffen, Boettius Hansen, Rediesen und Siegfried Peterßen zu einer Geldstrafe von je 100 M., Max Peterßen zu einer Geldstrafe von 80 M., Weiche zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen und 80 M. Geldstrafe, Pramoz zu vier Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 50 M., Kuehl zu einer Geldstrafe von 200 M. Weiter wird auf Publikation des Urteils in den Zeitungen derjenigen Orte erkannt, in denen seinerzeit die Versammlungen stattfanden.

Die Farmernot in Amerika

Die Wiesen und Weiden verdorrt
Washington, 9. August. Präsident Hoover hat die Gouverneure der von der gegenwärtigen Dürre am schwersten betroffenen Staaten für den nächsten Donnerstag zu einer Konferenz eingeladen, um die Abstellung eines Not-